

## **„Bürgergeld in Sachsen: Viele Haushalte müssen bei Miete draufzahlen“**

Immerhin jeder zehnte Bürgergeld-Haushalt in Sachsen zahlt bei Miete drauf. Sozialverbände kritisieren unrealistische Mietgrenzen.

Die Herausforderungen für Bürgergeld-Empfänger steigen, insbesondere in urbanen Zentren Sachsens. Die Unterstützung für Miete und Heizkosten, die Bürgergeld bezieht, deckt oft nicht die hohen Wohnkosten. Dieses Problem betrifft vor allem Familien.

### **Finanzielle Belastungen für Haushalte**

In Sachsen müssen mehr als 13.000 Haushalte, die Bürgergeld beziehen, monatlich zusätzliche Beträge selbst aufbringen, da ihre Mietkosten die festgelegten Grenzen überschreiten. Im Schnitt beläuft sich diese Zuzahlung auf etwa 83 Euro, wobei Haushalte mit Kindern besonders betroffen sind und durchschnittlich knapp 102 Euro aufbringen müssen.

### **Der Einfluss auf Lebensqualität**

Die Tatsache, dass viele Bürgergeld-Haushalte nicht die vollen Wohnkosten erstattet bekommen, hat weitreichende Konsequenzen. Die finanziellen Mittel, die zur Verfügung stehen, müssen häufig für lebensnotwendige Ausgaben wie Lebensmittel, Kleidung oder Bildung verwendet werden. Die Linken-Abgeordnete Caren Lay betont, dass viele Bürgergeld-Bezieher in den innerstädtischen Regionen nur schwer eine angemessene Wohnung finden können, was bedeutet, dass sie

gezwungen sind, von ihrem ohnehin knappen Budget weitere Mittel für die Miete abzuzweigen.

## **Ungleichheit zwischen städtischen und ländlichen Gebieten**

Die Unterschiede in den Zuzahlungen sind in Sachsen erheblich. Bürgergeld-Haushalte in Großstädten wie Dresden und Leipzig müssen im Durchschnitt 114 beziehungsweise 104 Euro aufbringen, während die Zuzahlungen im Landkreis Görlitz bei etwa 59 Euro liegen. Auf bundesweiter Ebene sind die Zuzahlungen in Berlin mit fast 160 Euro am höchsten. Diese Diskrepanzen verdeutlichen die Ungleichheiten in der Wohnraumsituation und der allgemeinen Lebensqualität von Bürgergeld-Empfängern in verschiedenen Regionen.

## **Kritik an bestehenden Mietgrenzen**

Sozialverbände weisen seit geraumer Zeit darauf hin, dass die festgelegten Mietgrenzen oft unrealistisch sind. Betroffene könnten kein adäquates Angebot finden. Die Kritik richtet sich auch gegen die Karenzzeitregelung, die vorsieht, dass die Kaltmiete neuer Empfänger im ersten Jahr voll übernommen wird, während Langzeit-Bezieher darauf angewiesen sind, den Fehlbetrag aus ihrem Regelsatz zu begleichen, der für grundlegende Bedürfnisse vorgesehen ist.

## **Forderungen nach Anpassungen**

Die Forderung vieler Abgeordneter, unter anderem von Heidi Reichinnek, betrifft die Anpassung der Kostengrenzen, damit diese den realen Mietpreisen gerecht werden. Der bestehende Druck auf Bürgergeld-Haushalte verdeutlicht die Notwendigkeit politischer Veränderungen, um den Betroffenen ein würdiges Leben zu ermöglichen.

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://n-ag.de)**